

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:

Die kleine Zeile 25 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugspreis

monatlich 70 Pfg. mit Bringerlohn.

Durch die Post bezogen:

— vierteljährlich 2 Mark 10 Pfg. —

— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 44.

Dienstag, den 15. April

1919.

Befehl des Kommandeurs der 3. amerik. Armee.

Bekanntmachung.

Allen deutschen Arbeitern, die freiwillig in den Dienst der amerikanischen Besatzungs-Armee getreten sind oder für dieselbe arbeiten, ob sie oder nicht requiriert worden sind, ist es verboten, Streikversuche oder Arbeitsseinkstellung zu entwerfen, zu versuchen oder auszuführen.

Jede Nichtbeachtung dieses Befehls wird von den amerikanischen Gerichten bestraft werden.

gez.: J. T. Dickmann

General-Leutnant

Kommandeur der 3. Armee.

Deutsche Nationalversammlung.

Sitzung vom 9. April 1919.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats für 1919.

Finanzminister Schiffer: Der Etat, den ich Ihnen vorlege, ist der erste Schritt zum Friedensetat. Daß ich für die Schätzungen des Etats mit Rücksicht auf die unsicheren Grundlagen eine Verantwortlichkeit vorläufig nicht übernehmen kann, liegt auf der Hand. Die Summe der Schatzanweisungen ist seit dem 31. Januar 1919 von 58,3 auf 63,7 Milliarden gestiegen. Die Ausgaben für Heer und Marine, die im Januar noch 3,5 Milliarden betrugen, sind im Februar auf 2,7 Milliarden und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Der Etat balanciert mit rund 13 Milliarden, der Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden Mark. Dabei ist dieser Etat nur ein Durchgangsetat zu noch schlimmeren Zuständen, denn in ihm sind noch nicht enthalten die Entschädigungen, die wir der Entente zahlen müssen, und auch noch nicht die Lasten, die wir durch die von uns gewünschte Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich auf uns nehmen müssen. Der allgemeine Pensionsfonds ist mit 1,1 Milliarde veranschlagt, wir werden aber zu einem Pensionsfonds von 4,1 Milliarden kommen. Die Steigerung der Ausgaben ist natürlich auch durch die allgemeine Wertminderung des Geldes beeinflusst. Umso mehr müssen wir das Gebot der Sparlichkeit beherzigen. Eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes ist in Vorbereitung. Wir haben deshalb 1,6 Milliarden für Teuerungszulagen an Beamte eingesetzt. Es ergibt sich die Frage, wie wir bei einer anhaltenden Preissteigerung die gerechten Wünsche der Beamten befriedigen können, ohne in Widerspruch mit unseren Finanzen zu kommen. Dafür gibt es nur ein Heilmittel: Die Herabsetzung der Zahl der Beamten und Beamtinnen. Auch dem Beamtentum sind Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können, wenn nicht die Allgemeinheit Schaden leiden soll. Der Etat enthält eine provisorische Durchführung der Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung nach dem Ausland, denn die Zustände, die sich auf diesem Gebiet gebildet haben, sind so übel, daß noch wirksamer eingreifende Maßnahmen notwendig sind. Im Mittelpunkt des Etats stehen die Steuern, die mit einem Gesamtertrag von 7 Milliarden eingesetzt sind. Auf das Einkommen mit den Einzelstaaten auf dem Gebiete des Steuerwesens lege ich den allergrößten Wert. Es entsteht die Frage, ob unser Volk die gewaltigen Steuerlasten überhaupt tragen können. Ich bin fest davon überzeugt, daß unser Volk dazu in der Lage ist, wenn diese Steuerlasten verknüpft sind mit einer Senkung der Preise. Wenn diese Senkung nicht erfolgt, dann wird allerdings die Finanzierung des Reiches auf die Dauer unmöglich sein. Die Preise können aber nur gesenkt werden, wenn wir mehr Güter erzeugen. Wir müssen arbeiten. Als Leiter der Finanzverwaltung richte ich daher an die Gesamtheit unseres Volkes die Bitte, zu den Gewohnheiten und Zuständen von früher zurückzukehren. Arbeitslust und Arbeitswille müssen neu belebt werden und wir müssen von dem organisierten

Wahnsinn der Gegenwart ablassen. Auch dann wird das Werk der Ordnung unserer Finanzen noch ungeheuer schwer sein und alle Kräfte müssen zu diesem Zweck zusammenstehen. Das große Reformwerk kann nach der Lage der Dinge nur von der Regierungsmehrheit geschaffen werden, aber ich lege Wert auf die Mitarbeit aller Parteien. Das große Werk, das von dem ganzen Volk getragen werden soll, muß aus der Mitarbeit des ganzen Volkes herauswachsen. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagt sich hierauf auf Donnerstag.

Sitzung vom 10. April 1919.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann über die Lage.

Das wichtigste aus den politischen Ereignissen seit der Vertagung dieses Hauses war der Abschluß der Verhandlungen über den geplanten Durchzug der polnischen Armee durch Danzig. Diese Verhandlungen haben zwar nicht völlig von der Last von Bestimmungen befreien können, die unter anderen Voraussetzungen in dem ersten Waffenstillstandsvertrag aufgenommen worden waren. Diese Verhandlungen haben aber gleichzeitig die willkommene Gelegenheit geboten, allen Verleumdungen gegenüber die Richtlinien hervortreten zu lassen, nach denen die Reichsregierung die auswärtige Politik der deutschen Republik zu führen gedenkt. Vor allem ist die Regierung fest entschlossen, alle einmal übernommenen Verpflichtungen ihrem Sinne und Geiste nach strengstens zu erfüllen. Die Treue zum Vertrag soll das Kennzeichen des neuen Deutschland sein. Daneben steht die Treue zu uns selbst. Ihr Gebot ist uns die unerschütterliche Wahrung derjenigen deutschen Lebensinteressen, ohne die weder ein nationales noch ein staatliches Dasein möglich ist. Jede Verpflichtung, die dagegen verstieße, wäre für uns unerfüllbar. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Es ist daher ein Gebot der Ehrlichkeit, wenn wir nur solche Verpflichtungen übernehmen, die mit unseren Lebensinteressen in Einklang gebracht werden können. Und drittens die Treue gegen die Allgemeinheit, d. h. die Betätigung eines Geistes rückhaltloser Versöhnung allen Völkern gegenüber. Diese drei Grundprinzipien müssen die Richtschnur für die gemeinsame Zukunft sein. Sie sind stets und allerwärts vereinbar, wo nicht Imperialismus und Chauvinismus den Ausschlag geben. An uns darf es nicht fehlen, wenn es gilt, diesen zwei Erzfeinden der Völker-verständigung jede Möglichkeit zu nehmen, unsere auswärtige Politik nach irgend einer Richtung hin zu beeinflussen; da gibt es keinen Winkelzug und keine Hinterhältigkeit. Wir wollen eine gleichmäßige Annäherung an alle Völker, keine neue Zerteilung der Welt in Bündnisse und Gruppen, die ja im gefährlichsten Augenblick losgehen wie ungesicherte Gewehre. Wir hoffen, daß die Liquidierung des Krieges nach dem Osten zu bald vollständig sein wird. Wir können uns von Rußland nicht die Gestalt unserer inneren Verhältnisse aufzwingen lassen. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Aber wenn es auf die gewalttätige Propaganda des Bolschewismus verachtet, wollen wir gerne dem russischen Volke die Bruderhand reichen, das ganz so wie wir die falsche Rechnung des volksfeindlichen Imperialismus mit Niederlage, Zusammenbruch und schlimmster Not hat bezahlen müssen. Der mühsame, sichere Weg zu einer neuen wirtschaftlichen und staatlichen Konsolidierung ist uns beiden gemeinsam. Wir sind in vielem aufeinander angewiesen. Ich hoffe, daß wir uns zueinander zu finden wissen. (Beifall.) Nach Westen, Frankreich gegenüber, kann es für unsern Willen zur Versöhnlichkeit keine Unklarheit geben. Wir kennen die ihm gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Wenn wir in bezug auf Elsaß-Lothringen auf eine Volksabstimmung drängen, so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt des Wilsonprogramms zu entkräften, sondern Vergewaltigung auszusräumen. (Beifall.)

Wir glauben, daß die künftige Stärke eines jeden Volkes nicht in der erhöhten Möglichkeit beruhen wird, andern Völkern Gewalt anzutun, sondern in der Anziehungskraft seiner bürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. (Beifall.) Bis dieser Glaube Gemeingut alles Staatswesens geworden ist, wollen wir doppelt für die Unversehrtheit unseres nationalen Staatswesens wachen, weil sonst neue Kämpfe um diese Unversehrtheit kommen würden. Ob wir wollen oder nicht, jedes Unrecht schreit nach Recht. In irgendeiner Zeit beginnt dieser nicht zu unterdrückende Protest vor der Völkergeschichte. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der kommende Friede möglichst wenig Spielraum läßt für solche künftigen Auseinandersetzungen. Deutschland muß in der Bitternis seiner Niederlage wenigstens den Trost haben, einen Sieg errungen zu haben, den Sieg über den Militarismus. (Beifall.) Werden wir aber, Volksvertretung und Regierung, in der Lage sein, diesen unsern Willen zur Völker- und Völkerverständigung zu bringen? Wir warten aber nicht untätig und nicht stumpfsinnig, aber auch nicht irregemacht in unserm Streben nach Verständigung über die verlassenen Schützengräben hinweg. (Beifall.) Die Gefahren, die ich für den Erfolg unserer auswärtigen Politik sehe, kommen nicht so sehr von jenseits der Grenze als vielmehr aus unserem Volke selbst (lebhafter Zustimmung), aus der unaufhörlichen Erschütterung unseres Landes, aus der gährenden Unruhe, aus dem Brand, dessen Stichflammen immer wieder hervorbrechen und das ganze Haus mit Vernichtung bedrohen. Ein Streif löst den andern ab, der Vutschismus ergreift bald die eine, bald die andere Stadt. Verhezte, gedankenlose Menschen haben Hand gelegt an ein Mitglied der Regierung, das auch Mitglied der Nationalversammlung ist. Gibt es in diesem Hause auch nur ein einziges Mitglied, das diese skandalöse Mißachtung der Immunität nicht mißbilligt! Auch dieser gewalttätige Streif könnte dazu beitragen, die Regierung zu sprengen, ihr Ansehen im In- und Auslande zu vernichten in einer Zeit, in der endlich für unser ganzes, durch Unterernährung und Entkräftung gequältes Volk eine Erhöhung der Rationen winkt. In diesem Augenblick ruhen Hunderttausende Hände, die allein durch ihre Arbeit die Zahlungsmittel schaffen können, ohne die es kein Pfund Mehl und Speck für unsere Frauen und Kinder gibt. (Lebhafter Zustimmung.) Mehr noch! In dem Augenblick, in dem unser aller Ziel neben Brot nur Friede und nichts als Friede sein kann, vollzieht sich in München ein neuer Umsturz, wird dort die Räterepublik ausgerufen, werden die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durcheinander gewürfelt wie Kinderspielzeuge, wird ein Schutz- und Trutzbündnis verkündet mit der ungarischen und russischen Räterepublik mit der ausgesprochenen Front gegen die übrige Welt. Nicht das Vaterland, nicht die Regierung, aber der Friede ist dadurch in Gefahr (leb. Zustimmung), jetzt, wo es gilt, den lüdenlosen Beweis für unsern Friedenswillen, für unsere Abkehr von aller Gewaltpolitik, für unsere unerschütterliche Ehrlichkeit zu erbringen. Jetzt wagen es verhezte Phantasten aufs neue, das Kriegsbanner aufzupflanzen gegen die Völker, mit denen wir uns morgen an den Verhandlungstisch setzen wollen. Ich bin ein Gegner der Räterepublik als Regierungsprinzip. Ich kann nicht so schnell umlernen wie andere, die gleich mir ein Leben lang unter der Parole der Demokratie gekämpft haben und sie nun verleugnen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Wir wenden uns gegen die Räterepublik nicht nur aus Gründen der Weltanschauung, nicht nur aus innerpolitischen Gründen, weil wir in ihr die Zerstörerin des letzten Restes staatlichen Zusammenhalts sehen, sondern wir wenden uns gegen sie, weil wir den Frieden wollen. Wir führen mit dem Chauvinismus der Räterepublik einen Kampf auf Leben und Tod, um des Friedens willen, ohne den wir zugrunde gehen. Nicht die Bündnisse der Weltrevolution suchen wir, sie führen genau

so in Mord und Elend wie die Bündnisse der Monarchie und Imperialisten. (Sehr richtig!) Wir brauchen das große Weltbündnis, den Völkerbund in dem gleichberechtigte Völker sich frei entwickeln können ohne die alten Fesseln der Rüstungen und ohne die neuen Lasten bolschewistischer Bürgerkriege. Das trennt uns weltweit von den Ideen Lenins, der sich rühmte, schon 1910 empfohlen zu haben, die Abrüstung aus dem sozialistischen Programm zu streichen, denn die Überwindung des Kapitalismus ohne Bürgerkrieg sei eine Utopie. (Hört! hört!) Ohne Abrüstung wäre der Völkerbund eine reine Formel, die Verewigung der Gewalt. (Sehr richtig!) Wenn zwischen den Völkern die rohe Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung abgeschafft werden soll, dann lehnen wir sie erst recht ab, in der Auseinandersetzung zwischen Völkern. (Beifall.) Kriege nach innen, Kriege nach außen, das bringen uns die Räte, die Lehren Lenins, des Bolschewismus. Ich male Ihnen keine wüste Phantasie vor, ich will aus der bolschewistischen Bewegung keinen Kinder- und Bürgerkrieg machen. Ich halte mich an Tatsachen, an Lenins Bekenntnis zum Bürgerkrieg, an den Bündnisbeschluss der Münchener Räterepublik, an den Beschluss des Kommunistenkongresses, die neue Heilslehre der Sowjets mit Feuer und Schwert durch die Welt zu tragen. An diese Tatsachen halte ich mich, wenn ich dem deutschen Volke zurufe:

Wachet auf, seht um euch, erkennt den Abgrund, der sich vor euch, euren Kindern und unser aller Zukunft aufstaut!

Hier darf es keine Parteiunterschiede geben. Einig sein in Abwehr der Räterepublik, ein Sichzusammenfinden in der großen, das ganze Volk zusammenfassenden Partei, deren einziger Programmsatz lauten muß: Vor allem Friede! (Beifall.) Während wir hier über die Zukunft der Republik beraten, tagt in Berlin der Rätekongress. Wir begleiten seine Verhandlungen mit Interesse und mit dem besten Wunsche, er solle nach dem Willen seiner Einberuher dem Wohle der deutschen Zukunft dienen. Möge er den gleichen Weg gehen wie die Reichsregierung, indem sie aus dem Rätegedanken das Beste für unser Volk zweckdienlich entnimmt und nutzbar macht. Eine schwere Verantwortlichkeit liegt auf seiner Tagung. Möge er sich klar darüber sein, daß man geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen bekämpfen, aber geistige Neuerungen nur auf geistigem Wege einleiten kann. Der Sozialismus kann einem Volke ebenso wenig aufgezwungen werden wie uns je die Reaktion wieder aufgezwungen werden kann. (Beifall.) Wir wollen der wirtschaftlichen Demokratie den Weg öffnen. Wir wollen ihr die notwendigen Organe schaffen und die Sozialisierung so einleiten, daß sie eine Quelle der Wohlfahrt, nicht einen Spaltplatz der Zersetzung bildet. Aber während wir so dem Bolschewismus den Nährboden entziehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als seine gewaltsamen Ueberrumpelungsversuche gewaltsam abzuwehren. (Beifall.)

Politisches.

Roske über die Lage im Reich.

Berlin, 10. April. Einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ sagte Reichswehrminister Roske über die Lage:

Natürlich ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß fanatisierte Elemente einen Putsch oder Unruhen versuchen werden. Die militärische Leitung ist aber auf alle Eventualitäten vorbereitet. Wenn es nötig ist, greifen wir mit größter Rücksichtslosigkeit durch. In Berlin und Umgebung sind so starke Truppenverbände zusammengezogen, daß ich für einen Erfolg garantieren kann. In Magdeburg verläuft alles planmäßig. Die Stadt ist vollkommen in unserer Hand. Ich möchte als Kuriosität bemerken, daß jetzt auf meinen Befehl mit Maschinengewehren bestückte Motorboote auf der Elbe patrouillieren, um die Schiffstransporte, die die amerikanischen Lebensmittel tragen, stromaufwärts zu bringen und vor etwaigen spartakoidischen Ueberrumpelungen zu sichern.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Berlin, 10. April. Bis zum 5. April sind, wie amtlich mitgeteilt wird, für die Zwecke der Lebensmittelversorgung Deutschlands schon 112 deutsche Schiffe ausgelassen mit insgesamt 1 026 000 Tonnen Tragfähigkeit, die nach dem Brüsseler Abkommen von Mitte März den Alliierten zur Verfügung gestellt wurden. Nach dem Abkommen vom 14. März sollte bekanntlich grundsätzlich die ganze deutsche Handelsflotte zur Verfügung gestellt werden, doch wurden einige Kategorien ausdrücklich ausgenommen: Segelschiffe, Fischereifahrzeuge, Tankschiffe, Schiffe zur Versorgung unserer Ostfront und überhaupt alle Schiffe unter 2500 Tonnen, soweit sie keine Personeneinrichtung haben. Eine Kontrolle aller dieser Schiffe, die schon ausgelassen sind und noch auslaufen werden, ist für uns im Interesse des zukünftigen Wiederaufbaues unserer Handelsflotte sehr wichtig, auch solcher Schiffe, die noch in neutralen Häfen liegen. Wann diese freilich wieder zur Ver-

fügung der Reeder sein werden, deren Eigentum unangetastet bleibt, weiß man nicht. Man wird sich erinnern, daß die Schiffe nicht nur zur Versorgung Deutschlands, sondern auch des übrigen Europas dienen sollen.

Eine deutsche Goldanleihe.

Haag, 9. April. Der Nieuwe Financier en Kapitalist meldet aus Paris, daß dort Vertreter der bekannten Bankfirma Hope u. Co. in Amsterdam sowie die Vertreter der Rotterdamschen Bankvereinigung eingetroffen sind in Zusammenhang mit der Absicht der deutschen Regierung, bei den Neutralen in Europa eine Goldanleihe von fünf Milliarden Mark zu machen. Das Ergebnis soll unter Aufsicht der Alliierten Deutschland zur Verfügung gestellt werden, um seine Industrie wieder in Gang zu bringen. Auch Finanzvertreter aus Dänemark, Schweden, Norwegen und der Schweiz weilen zu demselben Zweck in Paris.

Wiederaufnahme des Handels mit den besetzten Gebieten.

Das Preßbüro Rario in Amsterdam meldet aus Washington: Das Kriegshandelsamt wurde in Kenntnis gesetzt, daß gemäß Beschluß der Militärbehörden der assoziierten Regierungen der Verkehr auf dem Rhein mit der Schweiz eröffnet wurde. Das Kriegshandelsamt hat ferner erlaubt, daß der Handel mit Sibirien, Elsaß-Lothringen, Palästina, Syrien, Mazedonien, Serbien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland und mit dem Tschecho-Slowakischen Staat, mit der Türkei, mit den Schwarzen Meer-Häfen, mit den deutschen Kolonien, mit dem besetzten deutschen Gebiet, mit den adriatischen Häfen, mit Albanien, Luxemburg, Slowenien, Bosnien, mit der Herzegowina, mit Dalmatien, Polen, Estland und Deutsch-Oesterreich wieder aufgenommen werden kann.

Der Rat der Volksbeauftragten in München gestürzt.

Nürnberg, 10. April. Die Fränkische Tagespost meldet: Eine heute früh eingetroffene Depesche aus München besagt, daß der Rat der Volksbeauftragten von den Kommunisten gestürzt sei, und daß eine kommunistische Regierung gebildet worden sei. Das bisherige Mitglied des Zentralrats, Rüdiger-Augsburg, ist aus dem Zentralrat ausgeschieden. Eine Verfügung des revolutionären Tribunals besagt, daß es aus 28 Richtern bestehe, die in Permanenz in Körperschaften von je sieben Mitgliedern tagen, unter denen sich eine Frau befindet.

Streit auf allen Zechen.

Nach einer von zuständiger Seite gegebenen Meldung wird auf sämtlichen Zechen des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes mit Ausnahme von vier Schachtanlagen gestreikt. Es sind 410 000 Mann ausständig. Der Reichsarbeitsminister Bauer ist in Essen eingetroffen, um mit den zuständigen Stellen in Verhandlungen über den Generalstreik einzutreten.

Die Trennung des Rheinlandes.

In einem in der Kaiserlichen Zeitung vom 28. März 1919 veröffentlichten Artikel macht Professor Hartmann die Nationalversammlung auf die Frage einer Trennung des Rheinlandes von Deutschland aufmerksam. Daraus geht hervor, daß der Justizminister die Rheinländer anklagt, Ratten zu sein, die bereit sind, das sinkende Schiff zu verlassen.

Weiter sagt Professor Hartmann: „Dieses ist sehr interessant“. Im Namen der deutschen Regierung sprechend, nimmt also der Justizminister an, daß Deutschland ein sinkendes Schiff ist. Wir hätten nicht gedacht, daß die Lage so verzweifelt wäre. Aber der Justizminister muß, dank seiner hohen Stellung, die Lage besser übersehen als wir; wenn aber das einst so stolze Schiff durch die Unfähigkeit seiner Offiziere und die Dummheit seiner Mannschaften der Zerstörung preisgegeben ist, sind da die Ratten oder der Kapitän und die Besatzung Schuld daran? Man dürfte die Ratten nicht tadeln, wenn sie es versuchen ihr Leben zu retten. Es kann dem Schiff in keiner Weise nützlich sein, wenn sie mit der Besatzung untergehen. Die Rheinländer sind ebenso wenig an ihrer jetzigen unglücklichen Lage schuld, als die Ratten an der Führung des Schiffes. Alles wurde in Berlin bestimmt. Die Rheinländer hatten absolut keinen Einfluß. Am 9. November haben die Sozialisten in Berlin die Revolution entfesselt, die Rheinländer aber haben an dem sich daraus ergebenden Wirrwarr, in welchem wir uns jetzt noch befinden, nicht teilgenommen.

Weiter sagt er: „Das Schiff geht unter“. Es ist schon möglich, aber was können wir Rheinländer davon ändern. Es ist unsere vaterländische Pflicht, sagt der Justizminister, auf dem Schiffe zu bleiben und mit der Besatzung unterzugehen. Wir wollen aber wissen ob es dem Staate dienlich sein wird, wenn wir, durch den Wirbel mitgeschleppt, untergehen?

Aus nah und fern.

Idstein, den 14. April 1919.

— Die Bezugsscheinpflcht soll nach Zeitungsnotizen der führenden Konfektionspresse für das Jahr 1919 eine erhebliche Erleichterung erfahren. Inwiefern eine solche durch ausländische Zufuhr von Wolle und Baumwolle ermöglicht sein dürfte, entzieht sich zwar zurzeit unserem Urteilsvermögen, jedoch darf man in dieser Hinsicht der meistens gut informierten Fachpresse ruhig Glauben schenken. Für die Bevölkerung wäre damit die Aufhebung eines besonders lästigen Zwanges in nahe Aussicht gestellt, denn die Bezugsscheinpflcht wirkte fast noch lästiger als die Zwangsrationierung der Nahrungsmittel. Anzunehmen ist auch, daß durch den nunmehr in Aussicht gestellten Abbau der Bezugsscheinpflcht auch der Verkauf „hintenherum“ eingeschränkt werden dürfte und daß dadurch die Preise wieder auf ein erträgliches Maß heruntergehen würden, wenn sie auch in absehbarer Zeit die ursprünglichen Friedenspreise nicht wieder erreichen sollten.

Höchst a. M., 7. April. Die französische Generalmerie ließ heute nachmittag erhebliche Posten von Lebensmitteln, die sie Schleikhändlern im Laufe der letzten Wochen abgenommen hat, öffentlich versteigern. Der Andrang des faustlustigen Pöbels war gewaltig, da es Waren gab, die man seit etlichen Jahren nur noch dem Namen nach kannte. Es wurden u. a. versteigert: 15. Kg. Stärke, 100 Kg. Pfeffer, 20 Kg. Tee, 200 Kg. Kaffee, 15 Kg. Kakao, ferner Reis, Zucker, Schuhe, Del, Wein, Speck und Fett.

Mainz, 10. April. Die Verhandlungen zwischen der Bürgermeisterei und der Lohnkommission der Stadt Arbeiter wurden gestern nachmittag zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Im Interesse einer schnellen Erledigung der schwebenden Lohnfragen einigten sich beide Parteien unter Beibehaltung des sozialen Ausmaßes der Arbeiterentlohnung auf folgendes: „Sämtliche vollbeschäftigten Stadt Arbeiter erhalten einen Lohnzuschlag von 15 Mark, die Arbeiter der Licht- und Kraftwerke, die auf der Angelheimer Aue beschäftigt sind, sowie die Arbeiter der Umformstation einen solchen von 18 Mark wöchentlich. Die unständigen Arbeiter werden bezüglich der Bezahlung den ständigen Arbeitern gleichgestellt. Die Lohnkommission wird dieses Ergebnis den Arbeitern der einzelnen Betriebe unterbreiten und der Stadtverwaltung demnächst Bericht erstatten. Die Bürgermeisterei wird ihrerseits an die Stadtverordneten-Versammlung mit den gleichen Vorschlägen herantreten.“



In aller Ruh'
Putzt Du im Nu
Blitzblank die Schuh,
Nimmst Du dazu

Erdal

schwarz — gelb — braun

Alleinhersteller:
Werner & Mertz, Mainz

Stotterer

erhalten gratis meine Broschüre über die Ursache des Stotterns und die Beseitigung desselben ohne Verursachung (D. N. P.). Die Zufendung erfolgt sofort in Kuvert ohne Firma vollständig kostenlos.

H. Steinmeier, Hagenburg, (Schmb.-Bippe).

Vier 6 Wochen alte

Fertel

zu verkaufen. Wilhelm Ott, Oberauroff.



Ein
mittelschweres
zu verkaufen. Forst. Landsberg



Melner deutscher
Schäferhund
(Nüde) wachsam in nur gute Hände
zu verkaufen. Zu erst. W. Ch. Roos, Oberrod.

Bericht

über die

Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Idstein
für das Rechnungsjahr 1917.

Erstattet in der Stadtverordneten-Versammlung vom 8. April 1919
gemäß § 66 der Städteordnung.

1. Tätigkeit der städtischen Behörden.

Im abgelaufenen Jahre hat der Magistrat 44 und die Stadtverordneten-Versammlung 4 Sitzungen abgehalten.

2. Städtische Behörden.

Im Magistrats-Kollegium und in der Stadtverordneten-Versammlung sind im Berichtsjahr Veränderungen nicht vorgekommen.

3. Rechnungsabluß für das Rechnungsjahr 1917.

Nach dem Rechnungsabluß ergibt das Rechnungsjahr 1917

Ist-Einnahme	M 757,720.94
Ist-Ausgabe	M 729,073.67
Mithin eine Mehr-Einnahme von	M 28,647.27
hierzu kommen noch die Einnahme-Reste	M 1,402.71
so daß die tatsächliche Mehr-Einnahme beträgt	M 30,139.98

Im Einzelnen stellt sich der Abluß des Rechnungsjahres wie folgt:

Weniger-Einnahmen

sind erfallen bei

Tit. I. Allgemeine Verwaltung durch Ausfall von Rohbauabnahme-Gebühren, Marktstandsgeld, Strafen etc.	M 304.90
Tit. VII. Straßen, Wege, Brücken und deren Beleuchtung: Ausfall des Zuschusses zur Herstellung des Gassenbaderweges, da diese Arbeiten nicht ausgeführt wurden	M 925.23
Tit. B. Außerordentliche Einnahmen. Hierbei fallen weg durch Nichtausführung der Kanalisation dagegen erscheinen in diesem Titel mehr der Ueberschuß aus dem Vorjahre mit zusammen	M 28,010.09
Einnahmen für verausgabtes Notgeld	M 7,000.00
Also Ausfall in diesem Titel	M 68,989.91

Mehr-Einnahmen

haben ergeben:

Tit. II. Armenverwaltung durch mehr an Ersatz von Armenunterstützungen etc.	M 1,407.77
Tit. III. Schulverwaltung mehr an Schulgeld etc.	M 1,547.52
Tit. IV. Gebäudeverwaltung mehr durch Zuschuß des Staates und Bezirksverbandes zu den Kosten für Herstellung des Thimig'schen Hauses pp.	M 1,144.94
Tit. V. Grundstücksverwaltung mehr an Erlös für Obst, Frucht etc.	M 3,749.46
Tit. VI. Forstverwaltung mehr an Holzerlös etc.	M 67,028.69
Tit. VIII. Friedhofsverwaltung mehr an Beerdigungskosten	M 634.30
Tit. IX. Feuerlöschwesen, Uhren und Gloden durch die Vergütung für o's beschlagnahmten Gloden	M 4,567.00
Tit. X. Steuerverwaltung mehr an Steuern	M 2,136.31
Tit. XI. Aktiokapitalien mehr an Zinsen für Kriegsanleihe	M 4,843.32
Tit. XII. Wasserwerk mehr an Wassergeld und Messermiete	M 1,874.81
Tit. XV. Sonstige Einnahmen an durchlaufenden Gelber der Kriegsmaßnahmen als Getreide, Lebens- und Futtermittel, Brotgetreide, Unterstützungen, Schlachtvieh etc. welche auch wieder in Ausgabe erscheinen	M 466,452.09

Was die Ausgaben anlangt, so sind im Berichtsjahr weniger an solchen entstanden und zwar hauptsächlich durch Ersparnis und durch Nichtausführung von im Haushaltsplan vorgesehenen Arbeiten und zwar:

Titel VII.	8,837.91 M
" VIII.	273.25 M
" XII.	128.50 M
" XIII. Krankenhaus	2,000.00 M
(Wegfall des Baar-Zuschusses)	
" XIV. Betriebsfonds	867.68 M
" B. Außerordentliche Ausgaben 100,000.00 M	
(durch Nichtausführen der Kanalisation)	

Dagegen sind Mehr-Ausgaben entstanden und wurden überschritten

Titel I. Allgemeine Verwaltung durch die seitens der Stadtverordneten-Versammlung genehmigten erhöhten Kosten der Büro-Verwaltung und der Teuerungszulagen der Beamten mit	M 6276.32
Titel II. Armenverwaltung durch die in der Einnahme schon begründeten außergewöhnlichen Unterstützungen welche durchlaufen, sowie entstandene Mehr-Aufwendungen	M 2959.36
Titel III. Schulverwaltung durch erhöhte Beiträge zur Alterszulage-, Pensions-, Witwen- und Waisenkasse und Vertretungskosten erkrankter u. beurlaubter Lehrer	M 973.33
Tit. IV. Gebäudeverwaltung durch Umbeden des Daches des Thimig'schen Hauses	M 2254.33
Tit. VI. Forstverwaltung durch die erhöhten und vermehrten Holzfällungskosten, namentlich für Lohschäften und Lohholz, Erhöhung der Besoldung der städtischen Förster	M 9491.65
Tit. IX. Feuerlöschwesen, Uhren und Gloden durch Bildung eines Glodenfonds infolge Anlage der Einnahmen für die beschlagnahmten Gloden	M 4477.47
Tit. X. Steuerverwaltung durch Mehr an Bezirkssteuer	M 129.30
Tit. XI. Passivkapitalien durch Einzahlung auf die gezeichneten Kriegsanleihen	M 65,603.08
Tit. XV. Sonstiges durch die im gleichen Einnahmetitel schon begründeten Ausgaben der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen	M 478,069.99
Hierunter städt. Zuschuß zur Reichsunterstützung für Kriegerfamilien	M 18,220.33

Diese Etatsüberschreitungen, welche sich durch die angeführten Verhältnisse von selbst ergeben, bedürfen der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung.

4. u. 5. Städtisches Vermögen und Städtische Schulden.

Daselbe besteht wie in den früheren Verwaltungsberichten schon näher angegeben:

1. in Gebäuden versichert mit	M 483,580.—
2. in Feldgüter, Acker und Wiesen, früher taxiert zu	M 68,429.—
3. in Wäldungen, 3796 Morgen, geschätzt zu	M 757,166.—
(Diese Schätzung der Forstbehörde erfolgte vor 25 Jahren und ist nach den heutigen Wert- und Ertragsverhältnissen des Waldes nicht mehr maßgebend, weshalb eine Neuschätzung beantragt werden soll.)	
4. in Kapitalien,	
a. nach dem früheren Stand mit	M 91,860.33
b. Zeichnung auf die 6 u. 7. Kriegsanleihe	M 60,000.—
Die gezeichneten u. gezahlten weiteren Kriegsanleihen mit 35 000 M erscheinen hier nicht, da hierfür Wertpapiere der Stadt verpfändet worden sind.	M 151,860.33
5. Mobilien des Rathauses und der Schulen	M 84,335.—
6. Mobiliar und innere Einrichtung des Krankenhauses	M 14,000.—
7. das Wasserwerk einschließlich der Pumpstation und der dazugehörigen Grundstücke	M 160,305.—
Summa Vermögen	M 1,719,675.33
Die städt. Schulden betragen im Vorjahr	M 342,581.19
Hiervon ab jährliche Tilgung	M 13,696.66
Summa Schulden	M 328,884.53
so daß Ende des Berichtsjahres in reines Vermögen von	M 1,390,790.80
bleibt gegen	M 1,317,094.14
im Vorjahre, so daß sich ein Vermögenszuwachs von	M 73,696.66
ergab.	

6. Bevölkerung.

Die Volkszählung vom 5. Dezember 1917 hat eine Einwohnerzahl ergeben von 3068. Die Abnahme gegen den normalen Personenstand von 1913 mit 3620 Einwohnern ergab sich dadurch, daß im laufenden Wintersemester weniger Schüler die Baugewerkschule besuchten und die unverheirateten zum aktiven Militärdienst Eingezogenen nicht mehr bei der Personenaufnahme mitgezählt werden.

Im Kalenderjahre 1917 betragen:

- die Geburten 18 gegen 17 im Vorjahr davon 10 (7) Knaben und 8 (10) Mädchen,
- Esterbefälle: 88 gegen 75 im Vorjahr, davon 47 (53) männlich u. hiervon 11 (16) von den einzelnen Kommandostellen der Militärverwaltung mitgeteilten Esterbefälle von Militärpersonen und 41 (22) weiblich,
- die Eheschließungen: 8 gegen 11 im Vorjahr.

7. Steuern.

Die Staats- und Realsteuern betragen in 1917:

a. Einkommensteuer	M 28 344.—
b. Gebäudesteuer abzügl. derjenigen der Stadt	M 8311.80
c. Grundsteuer abzüglich derjenigen der Stadt	M 2401.90
d. Gewerbesteuer (einschl. derjenigen der Firma G. F. Landauer-Donner)	M 2928.—
e. Ergänzungssteuer	M 5506.—

Veranlagt waren zur Staatseinkommensteuer 614 Personen gegen 587 im Vorjahre.

Zur fingierten Einkommensteuer waren veranlagt:

von 421—660 M Einkommen	179 Personen	gegen 166 im Vorjahr
661—900 "	140 "	" 180 "

Zur Ergänzungssteuer waren veranlagt:

277 Personen gegen 256 im Vorjahr.

Zur Gewerbesteuer waren veranlagt:

in Klasse II	1 Person	gegen 1 im Vorjahr
in " III	10 "	" 11 "
in " IV	74 "	" 81 "

Von der Betriebssteuer mit 300 M wurden 80% als Gemeindesteuer erhoben.

Die Bezirks- und Kreissteuer von 6479 M wurde von den Steuerpflichtigen nicht zurückerhoben.

Als Gemeindebesteuer wurden, wie in den Vorjahren, 145% von der Einkommen- und 180% von den Realsteuern im Berichtsjahre erhoben.

Die Gemeinde-Einkommensteuer der Forensten betrug im Berichtsjahre 7648.10 M.

Die Gesamt-Gemeindebesteuer ergab nach Berechnung der im Laufe des Rechnungsjahres eingetretenen Ab- und Zugänge, sowie der Ausfälle 63,112.09 M.

Die indirekten Steuern haben ergeben:

a. Getränkesteuern	M 170.—
b. Hundsteuer	M 408.—
c. Luftfahrtssteuer	M 109.—
d. Umsatzsteuer	M 417.50

8. Schulen.

1. Vereinigte Volks- und Realschule.

Die Realschule wurde im Berichtsjahre von 142 Schülern besucht, davon 103 aus hiesiger Stadt und 39 von auswärts, welche sich wie folgt auf die einzelnen Klassen verteilen:

Obertertia	9 Schüler, Herr Rühl
Untertertia	17 " " Kröck
Quarta	32 " " Fr. Stod
Quinta	46 " " Herr Rektor Ziemer
Sexta	38 " " Fr. Klamp u. Fr. Ahmann.

Neu traten ein 44 Schüler. Das Schulgeld regelt sich wie im Vorjahr. An der Schule unterrichteten die Herren Rektor Ziemer, Reallehrer Kröck, Rühl, Fr. Stod und Fr. Ahmann.

Veränderungen im Lehrkörper sind insoweit erfolgt, als an Stelle der ausgeschiedenen Fr. Klamp Fr. Ahmann als Lehrerin an die Realschule berufen wurde.

Durch Beschluß der Schuldeputation vom 22. Mai 1908 ist an der Schule Latein-Unterricht eingeführt; für die Teilnahme hieran ist ein besonderes Schulgeld zu zahlen.

Die Realschule ist seit Beginn des Schuljahres 1907 in eine fünfklassige Lehranstalt umgewandelt. Der Eintritt erfolgt nach dreijährigem Elementarschulbesuch, also mit dem 9. Lebensjahre. Der Lehrplan entspricht demjenigen der städtischen Realschule zu Wiesbaden und bereitet auf die Untersekunda der Ober-Realschule vor, so daß nach vollem Besuche der hiesigen Realschule nur noch ein Schulbesuch von einem Jahre an einer auswärtigen Lehranstalt zur Erlangung des Einjährigen-Zeugnisses erforderlich ist. Die Abgangsprüfung ist vor dem von der Regierung ernannten Prüfungskommissar Herrn Dr. Höfer, Direktor der Oberrealschule zu Wiesbaden, abzulegen und berechtigt das Bestehen derselben zum Eintritt in die Untersekunda jeder preussischen höheren Lehranstalt.

Von den 6 Abgangsschülern des letzten Jahres haben 5 diese Prüfung bestanden und sind 4 in die Oberrealschule zu Wiesbaden und einer in diejenige in Frankfurt a. M. eingetreten.

Die Volksschule wurde von 414 Schülern besucht, welche sich auf die einzelnen Klassen wie folgt verteilen:

Klasse 1	Herr Lehrer	Eucker	78 Schüler
" 2	"	Brückel	51 "
" 3	"	Altmann	48 "
" 4	"	Grün	64 "
" 5	"	Schmidt	63 "
" 6	"	Schambier	53 "
" 7	"	Möhn	57 "

Die Gesamtkosten, welche die Stadt für die Realschule in 1917 aufwenden mußte, betragen nach Abzug der Staatsbeiträge, des Realschulgeldes, der Alterszulagen usw. M 25 553.71. Hiervon entfallen auf die Realschule M 8 517.90 und auf die Volksschule M 17 035.81 einschließlich des aus dem Stadtwald abgegebenen Brennholzes im Werte von M 1700.— und des Wertes zweier Dienstwohnungen mit M 1000.—.

(Schluß folgt.)

Brotpreis.

Der allgemeinen Teuerung wegen muß der Brotpreis auf 1 Mark erhöht werden. Der Preis des Mehles wird von der nächsten Verteilung an ermäßigt werden.

Langenschwalbach, den 10. April 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Düngemittel.

Es ist mir gelungen, gewisse Mengen von wertvollen Düngemitteln für den Kreis zu erwerben. Naturgemäß sind die Mengen so gering, daß nur ein kleiner Teil der Wünsche befriedigt werden kann. Bei der Verteilung werden die Gemeinden, die bei der Lieferung der Lebensmittel ihre Pflicht erfüllt haben, in erster Linie bedacht werden.

Bestellungen sind von den Herrn Bürgermeister zu sammeln und mit tunlichster Beschleunigung telef. beim Landratsamt anzumelden:

a. Thomasmehl:

Dies kann nur zur Düngung für Ales und Hülsenfrüchte verteilt werden.

Es ist anzugeben, ob die fragliche Gemeinde schon anderweit mit Thomasmehl versorgt worden ist.

b. Kalkstickstoff:

Kommt hauptsächlich für Kartoffeln in Betracht.

c. Chlorkalium und andere hochprozentige Salze:

Kommt in Betracht für Rüben- und Kartoffeläcker.

Die Preise sind die bekannten Höchstpreise, zu denen noch einige Unkosten hinzutreten.

Langenschwalbach, den 11. April 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Anmeldungen werden Dienstag, vormittags von 8—9 Uhr im Rathaus entgegengenommen.

Idstein, den 14. April 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft.

(Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftl. Demobilisierung vom 18. März 1919, Reichsgesetzblatt S. 310.)

§ 1.

Die Arbeitgeber in der Land- oder Forstwirtschaft sind verpflichtet, jede offene Stelle sofort einem nicht gewerksmäßigen Arbeitsnachweis anzumelden, sowie von jeder Befragung der als offen gemeldeten Stellen dem Arbeitsnachweise, bei dem die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden Mitteilung zu machen.

§ 2.

Die Arbeitsnachweise haben der Landwirtschaft in erster Reihe solche Personen zu vermitteln, die bereits früher in der Land- oder Forstwirtschaft tätig waren. Solange offene Stellen in der Landwirtschaft zu angemessenen Lohn- und Arbeitsbedingungen nachgewiesen werden können, darf kein nicht gewerksmäßiger Arbeitsnachweis, sowie kein erwerbsmäßiger Stellenvermittler Arbeitsuchende, die erst bei Ausbruch des Krieges oder während des Krieges in der Land- oder Forstwirtschaft tätig waren, anderen Betrieben, als denen in der Land- oder Forstwirtschaft vermitteln, es sei denn, daß die Arbeitsuchenden für land- oder forstwirtschaftl. Arbeiten nicht mehr tauglich sind.

§ 3.

Arbeitgeber außerhalb der Land- oder Forstwirtschaft dürfen bis zur Aufhebung dieser Verordnung Arbeitskräfte nicht einstellen, die bei Ausbruch des Krieges oder während desselben in der Land- oder Forstwirtschaft tätig gewesen sind, es sei denn, daß sie für land- oder forstwirtschaftl. Arbeiten nicht mehr tauglich sind.

§ 4.

Arbeitgeber, die den §§ 1 bis 3 sowie gewerksmäßige Stellenvermittler, die dem § 2 dieser Verordnung zuwiderhandeln werden mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft.

§ 5.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Bei den Gemeindevorständen sind Arbeitsnachweissestellen eingerichtet. Der Kreisarbeitsnachweis befindet sich beim Kreisamtsrat hier.

Langenschwalbach, den 7. April 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Unsere Klasse ist wie jedes Jahr am Samstag, den 19. April nachmittags geschlossen.

Vorschußverein Idstein.

Jedenfalls aus Versehen wurde am Samstag nachmittags aus meinem Hausgang ein Damenschirm mitgenommen. Es wird gebeten, denselben wieder zurückzubringen.

Friz Link.

Durch Verfügung des Herrn Landgerichtspräsidenten bin ich bei dem Amtsgericht Idstein als
Prozessagent
zugelassen.

Büro: Bahnhofstrasse Nr. 5
gegenüber von Dr. Petsch.

J. Greten.

Prächtige Weine

im Faß und in Flaschen, 17er und 18er Naturwein
empfehlen sehr billig

Hubert Schütz & Co. Weinhandlung,

Wiesbaden, Nikolaistr. 28 am Hauptbahnhof, Telefon 6331.

Karten-Ausgabe.

Die Ausgabe der Lebensmittel-, Brot- und Reichsfleischkarten erfolgt Mittwoch nachmittags und zwar Brotkarten im Lebensmittelamt (Rathaus unterer Schalter) Fleischkarten im Rathaus (oberer Schalter).

Buchstabe A B	1 1/2 Uhr
" C D E F	2 1/2 "
" G H I	3 1/2 "
" J K L M	4 1/2 "
" N O P Q R	5 1/2 "
" S T U V W X	6 1/2 "

Buchstabenfolge wird genau eingehalten. Karten sind sofort beim Empfang nachzuzählen. Nachträgliche Reklamationen werden nicht berücksichtigt. Ersatz für verlorene Karten wird unter keinen Umständen geleistet. Wer Kinder schickt, tut das auf eigene Verantwortung.

Brikettausgabe

in den nachstehenden Geschäften mit je 5 Ztr. an die Familie und zwar:

1. bei Kaufmann Wilhelm Nader, Himmels-gasse, am Dienstag, den 15. April 1919, in nachstehender Reihenfolge auf die Abschnitte 23—27 der Kohlenkarte:

Buchstabe B, M, W (sow. nicht befried.)	8 Uhr vorm.
" J, V, U, T	10 "
" S	11 "

2. bei Ludwig Leufel, Himmels-gasse, am Dienstag, den 15. d. M., auf dieselben Abschnitte in nachstehender Reihenfolge:

Buchstabe A	8 Uhr vorm.
" C, P, D	10 "

Der Preis pro Zentner beträgt 3 M. Die Reihenfolge ist genau einzuhalten. Die Stammlisten sind vorzulegen.

Idstein, den 14. April 1919.

Der Magistrat:
Leichtfuß, Bürgermeister.

Hühner, Gänse und Enten

dürfen in der Zeit vom 15. März bis 20. Oktober ds. Js. fremde Grundstücke, Haus- und Ziergärten nicht betreten und werden Zuwiderhandlungen gemäß der Polizeiverordnung vom 24. März 1906 bestraft.

Idstein, den 14. April 1919.

Die Polizeiverwaltung
Leichtfuß, Bürgermeister.

Ein Junge

kann in die Lehre
treten bei
Schmiedemeister
Schmidt, Oberauroff.

Alle Sorten

Lederschuhe

auch in Rindsleder, weiße Kinderschuhe in Leder, von Nr. 22 bis 35, Tuschpangenschuhe und eine Partie Holzschuhe mit Leder, unter Einkaufspreis zu haben

Raffegasse 6.

Gebrauchtes, gut erhaltenes **Fahrrad** und Beförderung zu ein bis zwei Rädern zu kaufen gesucht.
Ch. Link, Steinweggeschäft.

Für die uns dargebrachten Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Hochzeit sagen besten Dank.

Idstein, den 12. April 1919.

Adolf Sey u. Frau

Maria geb. Liebergall.

Holzversteigerung

Mittwoch, den 16. April 1919, vormittags 10 Uhr anfangend, kommen im Niederseelbacher Gemeindevwald,

Distrikt Heide am Friedhof
18,70 fm eichen Stämme
1,40 " eschen " "
1,40 " ahorn " "
23 fm eichen Hallscheid
17 " " Knüppel
15 " " Reiser 1. Klasse,
hieran anschließend im Distrikt 13 Scheitfeld
6000 gemischte Weichholzweilen und
14 Gebund Pflanzenreiser
zur Versteigerung.

Niederseelbach, den 14. April 1919.

Der Bürgermeister: Best.

Bekanntmachung.

Infolge des Arbeiterstreiks im Ruhrgebiet ist die Kohlenzufuhr an die Main-Kraftwerke Aktiengesellschaft, Höchst a. M., so gut wie eingestellt. Um die geringen Vorräte zu strecken verfüge ich bis auf weiteres, daß sämtliche Kraftabnehmer ihren Strombezug sofort auf die Hälfte einschränken haben; desgleichen wird für die Nichtabnehmer größte Sparsamkeit vorgeschrieben. Ich werde den Strombezug jedes einzelnen Abnehmers genau kontrollieren lassen und bei Zuwiderhandlungen treten die Strafbestimmungen sofort in Kraft.

Der Vertrauensmann des Herrn Reichskommissar für die Kohlenverteilung Abt. Elektrizität:
Kribben.

Verdingung von Wegebauarbeiten.

Das Anfahren und Schlagen von rund 40 cbm Kleinschlag (Decksteinen), sowie das Anfahren von

9 cbm Bindematerial soll am Donnerstag, den 17. d. Mts., nachm. 1 Uhr auf dem hiesigen Bürgermeisterrat vergeben werden.

Eschenhahn, den 9. April 1919.

Der Bürgermeister: Thomae.

Wichtig für Landwirte! Kreissäge-Böcke

zum Schneiden von Brennholz und Latten, für 3 u. 5 pfd. elektr. Motoren geeignet. Sofort lieferbar.

Julius Nöller,
Niedernhausen.